

MedienINFO 95 – Donnerstag, 14. April 2016

Vorstoß der Landesregierung zur WestSpiel-Privatisierung

Witzel: Späte Kehrtwende vor Bruchlandung bei Staatscasinos

Die FDP-Landtagsfraktion erwartet von der Landesregierung Klarheit zur Zukunft des landeseigenen Glücksspielanbieters WestSpiel und wird das Thema bereits in der kommenden Plenarwoche thematisieren. „Die Regierung muss zeitnah und transparent ihre Privatisierungspläne für die Staatscasinos vorstellen“, fordert Ralf Witzel, haushaltspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion. Die Freien Demokraten bezweifeln seit längerem die Zukunftsfähigkeit dieser vollständigen Landesbeteiligung in ihrer gegenwärtigen Ausrichtung.

„Die Schieflage der defizitären nordrhein-westfälischen Staatscasinos ist spätestens seit den spektakulären Notverkäufen der Warhol-Kunstwerke bundesweit bekannt. Seitdem häufen sich regelmäßig neue Meldungen zum Missmanagement, skandalösen Finanzgebaren und ökonomischen Risiken für die weitere Geschäftstätigkeit von WestSpiel. Der Steuerzahler darf für diese Zockerei mit öffentlichem Geld nicht länger in die Haftung genommen werden. Die Kehrtwende der Landesregierung kommt daher reichlich spät – hoffentlich nicht zu spät. Nach dem Milliardengrab WestLB und den Millionenskandalen beim Landesbaubetrieb BLB bestätigt sich einmal mehr unsere bereits lange vertretene Erkenntnis, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist. Der Finanzminister hat sich am Roulettetisch verzockt und sollte WestSpiel nun eine neue Entwicklungsperspektive in neuer Eigentümerschaft geben. Andere Länder mit Regierungsbeteiligung von SPD und Grünen haben bereits vorgemacht, wie dies funktionieren kann. NRW hinkt der aktuellen Entwicklung einmal mehr hinterher.“

WestSpiel ist in den letzten Monaten vermehrt durch eine fragwürdige Verschwendung von Steuergeld und kontinuierlich negative geschäftliche Entwicklung aufgefallen. Finanzminister Norbert Walter-Borjans hat das landeseigene Glücksspielwesen dennoch aufgrund des ordnungspolitischen Auftrags zur Spielsuchtbekämpfung stets verteidigt und mit dieser Begründung auch die defizitären Geschäftsergebnisse relativiert – zuletzt noch einmal in der zurückliegenden Plenarwoche im März. Die FDP erwartet, dass die Landesregierung zügig transparent darlegt, welche vermeintlich neuen Erkenntnisse den plötzlichen Sinneswandel der Landesregierung herbeigeführt haben.